

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten
M. B. 130/49

BONN, den 13. Dezember 1949
Rheindorfer Straße (Neues Finanzamt)

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Anfrage Nr. 13 der Abgeordneten Dr. Bertram,
Dr. Reismann, Frau Wessel und Fraktion
- Nr. 245 der Drucksachen -

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Preise und Importporthandelsspannen bei Kartoffeln.

Dieser Teil der Anfrage bedarf einer ausführlicheren Beantwortung. Der Ausfall der Kartoffelerzeugung in dem ehemals bedeutendsten europäischen Anbaugebiet, dem deutschen Osten, hat die Kartoffelversorgungslage nicht nur im Bundesgebiet, sondern in ganz Westeuropa verschärft. Der frühere Überfluß ist nicht mehr vorhanden. Die Speisekartoffelversorgung ist dadurch in viel stärkerem Maße als bisher abhängig geworden von der Höhe der jeweiligen Ernte in Westeuropa.

Der Kartoffelbedarf im deutschen Bundesgebiet muß fast ausschließlich aus der eigenen Erzeugung gedeckt werden. Importe aus europäischen Ländern sind in einem Umfange von nur einigen hunderttausend Tonnen möglich und können zur Deckung des Gesamtbedarfs an Speisekartoffeln, der rund 10 Millionen t beträgt, nur unwesentlich beitragen. Diese Lage hatte im vorigen Jahr den Wirtschaftsrat veranlaßt, die Kartoffelpreise erheblich zu erhöhen und den Erzeugerpreis je 50 kg im Herbst auf DM 4.50 bis DM 4.80 und ab 1. Februar 1949 auf DM 5.— bis DM 5.20 festzusetzen. Mit diesem Beschluß wurde der Kartoffelpreis aus dem Preisniveau der übrigen Ackererzeugnisse hervorgehoben, so daß er neben der Möglichkeit zur Deckung der erhöhten Erzeugungskosten auch einen Anreiz zur Ausweitung des Kartoffelanbaues gab.

In diese Jahre sind diese Kartoffelpreise nicht neu festgesetzt, sondern als Richtpreis bekanntgegeben worden. Die im Hinblick auf die schlechten Ernteaussichten in Süddeutschland lange bestehende Unklarheit über die wirkliche Erntehöhe, besonders aber

die weit günstigere Verwertung der Kartoffel als Futter für den stark erhöhten Schweinebestand, ließen es ratsam erscheinen, die Kartoffelpreise der freien Marktentwicklung zu überlassen, um nicht durch eine der Marktlage widersprechende Preisfestsetzung die Gefahr heraufzubeschwören, daß die Kartoffeln anstatt in die Keller der Verbraucher in den Schweinetrog und in die Silos wanderten. Einer ungerechtfertigten Preissteigerung sollte mit billigen Importen entgegengetreten werden.

Die Entwicklung hat folgenden Verlauf genommen:

Die Erzeugerpreise waren im September sehr gedrückt und deckten bei einem Stande von DM 3.70 bis DM 4.20 je 50 kg kaum die Gestehungskosten. Mit Beginn der Einkellerung Anfang Oktober festigten sie sich nach anfänglichem Schwanken auf DM 4.70 bis DM 4.90 je 50 kg frei Verladestelle und lagen somit etwa in der Höhe der im vergangenen Jahre vom Wirtschaftsrat genehmigten Festpreise.

Die Verbraucherpreise frei Keller betrugen dementsprechend beim Bezuge über den Handel in Nord- und Westdeutschland DM 5.80 bis höchstens DM 7.— je nach Frachtlage. Im süddeutschen Raum waren die Verbraucherpreise um die größeren Frachtkosten, die bis zu DM 1.— betragen haben, höher. Bei direkter Belieferung der Verbraucher durch den Erzeuger schwankten die Preise frei Keller in der Haupteinkellerungszeit zwischen DM 5.— und DM 6.—. In Süddeutschland erreichten sie infolge der schlechten Ernte vielfach eine Höhe von DM 6.50 bis DM 7.— je 50 kg. Berücksichtigt man, daß bei diesen Erzeuger-Verbraucherpreisen die Kosten der Anfuhr und Lieferung frei Keller eingerechnet sind, so entsprechen sie im Norden und Westen des Bundesgebietes den genannten Erzeugerpreisen von DM 4.70 bis DM 4.90.

Es wird nun keineswegs verkannt, daß diese Preise die Verbraucher stark belasten. Es wurde daher ständig die Frage geprüft, ob nicht durch Importe die Spitzenpreise, die sich vornehmlich in Süddeutschland gebildet hatten, im Interesse der Verbraucher etwas ermäßigt werden könnten. Es wurde aber immer wieder festgestellt, daß die Auslandspreise nicht niedriger als die Inlandspreise lagen.

Bedauerlicherweise hat der frühe Frosteintritt in den letzten Tagen des Oktober die Bauern zur Wintereinmietung der Kartoffeln gezwungen. Das Angebot ging dadurch stark zurück; die natürliche Folge war ein weiterer Preisanstieg. Der Versuch, dieser Entwicklung durch Importe — es wurden 25 000 t für die Versorgung Berlins in Holland gekauft — zu begegnen, hat sich als wirkungslos erwiesen. Die in Holland gekauften Kartoffeln kosteten einschl. Importspanne DM 5.60 ab holländischer Grenze. Die Festsetzung der Einfuhrhandelsspannen erfolgt durch den Bundesminister für Wirtschaft oder durch eine von ihm beauftragte Stelle (Einfuhrpreisstelle). Untersuchungen über die volkswirtschaftlich gerechtfertigte Höhe der Spannen erfolgen all-

monatlich in Sitzungen des Einfuhrpreisausschusses, in denen die beteiligten Ministerien vertreten sind. Die Importspanne teilt sich folgendermaßen auf:

3 0/0 Umsatzausgleichssteuer	DM 0.15
Abfertigung für Zoll und Spedition	DM 0.05
Finanzierungskosten 1 0/0 vom Kartoffelpreis für 6 Wochen	DM 0.05
Geschäftskosten, Qualitätsrisiko und Unternehmergewinn	DM 0.20
	<u>DM 0.45</u>
	je 50 kg

Die vergleichbaren deutschen Preise ab Verladestation (Erzeugerpreis zuzüglich Versandhandelsspanne von DM 0.30) liegen heute bei DM 5.40 bis DM 5.60. In Süddeutschland sind sie etwas höher.

2. Senkung der Eierpreise.

Die in den letzten Wochen abgeschlossenen Handelsverträge bringen aus Dänemark, Belgien, Schweden, Finnland und Holland und einem Teil der Südoststaaten erhöhte Eier-Einfuhren. Ein Großteil der Ware ist bereits verladen und wird in den nächsten Tagen erwartet.

Die Preise liegen mit Ausnahme von Holland zwischen 26 und 30 Pfg. frei deutscher Grenze, so daß die Kleinverkaufspreise für Eier einen erheblichen Rückgang erfahren. Die Frankfurter Eierbörse z. B. hat unter dem Druck der Einfuhr von Auslandseiern bereits auch die Inlandseier am vergangenen Mittwoch billiger notiert. Ein weiteres Absinken der Preise ist zu erwarten.

Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß Eiereigenerzeugung und Eiereinfuhren den Friedensstand noch nicht annähernd erreicht haben und aus vielen Gründen (Ausfall Ostdeutschlands und Chinas) eine wirklich ausreichende Versorgung vorerst nicht möglich sein wird.

3. Begünstigung von Mitgliedern des Bundestages bei der Devisenzuteilung.

Der Bundesregierung ist nichts darüber bekannt, daß Mitglieder des Bundestages bei der Zuteilung von Devisen begünstigt werden.

Dr. Niklas